

<b>Protokoll:</b>	<b>Verwaltungsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	281
		<b>TOP:</b>	1
	<b>Verhandlung</b>	<b>Drucksache:</b>	471/2019
		<b>GZ:</b>	OB
<b>Sitzungstermin:</b>	22.05.2019		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	EBM Dr. Mayer		
<b>Berichterstattung:</b>	-		
<b>Protokollführung:</b>	Herr Häbe / fr		
<b>Betreff:</b>	<b>Autofreier Sonntag im Rahmen der Europäischen Mobilitätswoche 2019</b>		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Herrn Oberbürgermeisters vom 13.05.2019, GRDRs 471/2019, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Dem Konzept für einen "Autofreien Sonntag" am 22.09.2019 auf der Theodor-Heuss-Straße, der Beauftragung der in.Stuttgart Veranstaltungsgesellschaft mbH & Co. KG mit der Vorbereitung und Durchführung sowie den voraussichtlichen Kosten von bis zu 370.000 EUR wird zugestimmt.
2. Die Aufwendungen werden gedeckt im THH 810 BMA, Kontengruppe 44500 - Erstattungen von Verwaltungs- und Betriebsaufwand. Die Mittelbereitstellung erfolgt in Höhe von 200.000 EUR aus vorhandenem Budget im Amtsbereich 8108020 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie in Höhe von 70.000 EUR aus dem Budget des THH 660 Tiefbauamt.

Die in den Gesamtkosten enthaltenen eventuell erforderlich werdenden Sicherungsmaßnahmen gegen Anschläge mit Fahrzeugen werden gedeckt im Teilfinanzhaushalt THH 660, Tiefbauamt, Projekt-Nr. 7.661074 - Absicherung zentraler öffentlicher Plätze - AuszGr 7872 Tiefbaumaßnahmen.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Das Konzept für den autofreien Sonntag bewertet StR Kotz (CDU) als sehr attraktiv. Zur Bezeichnung der Veranstaltung merkt er kritisch an, diese erwecke den Eindruck, die gesamte Stadt Stuttgart sei an diesem Tag autofrei. Dies werfe die Frage auf, ob damit die richtigen Assoziationen geweckt würden. Grundsätzlich müsse ein Straßenfest gegen den Klimawandel nicht zwingend ein autofreier Sonntag sein. Er empfiehlt den Ausrichtern über eine alternative Begrifflichkeit nachzudenken. Die Programmskizze, so seine weiteren Ausführungen, lasse aufgrund ihrer Attraktivität darauf schließen, dass in Stuttgart mehr Autoverkehr entstehe als an normalen Sonntagen. Er bittet die Verwaltung mit dem VVS zu klären, ob eine kostenlose Anfahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln an diesem Tag angeboten werden könnte. Dies würde einen Anreiz darstellen, den öffentlichen Nahverkehr zu testen.

Seiner Freude, dass etwas passiert, gibt StR Winter (90/GRÜNE) Ausdruck und erinnert an ähnlich gelagerte Veranstaltungen, wie beispielsweise den Kirchentag auf der Theodor-Heuss-Straße. Diese seien sehr gut angenommen worden, und viele Menschen seien damals auf den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) umgestiegen. Dass Straßenraum gesperrt werde und dieser somit von den Bürgerinnen und Bürgern anders erlebt werden könne, treffe im Moment das Anliegen der Menschen und werde durch ein kulturell großes Programm aufgewertet. Den Namen der Veranstaltung empfindet StR Winter als nicht problematisch.

Anknüpfend an den Vorschlag von StR Kotz, die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel am autofreien Sonntag kostenlos anzubieten, erinnert StR Körner (SPD) an den Antrag seiner Fraktion aus dem Jahr 2018, der die kostenfreie Nutzung des ÖPNV im Rahmen eines Konzeptes für einen autofreien Sonntag beinhaltet. Auf die Veranstaltungsfläche eingehend führt er aus, er habe den Bereich der B14 zwischen Heilmannkreuzung und Marienplatz angeregt. Er wünscht sich in eine ambitioniertere Veranstaltungsfläche und eine größere Anzahl autofreier Sonntage. Abschließend bittet er um die Beantwortung der Fragen, welche größeren Bereiche geprüft wurden, und aus welchen Gründen die Veranstaltungsfläche nun auf den relativ überschaubaren Bereich der Theodor-Heuss-Straße begrenzt ist.

In vielen Ländern Europas werden Innenstädte am europaweiten autofreien Tag, im Gegensatz zu Stuttgart, am 22. September gesperrt, so die Ausführungen von StR Rockenbauch (SÖS-LINKE-PluS). Er erinnert an Anträge aus den Jahren 2005, 2015 und 2019, in welchen er für autofreie Tage plädierte. An diesem Tag müsse die Zufahrt in den Talkessel gesperrt werden. Die Ein- und Auspendler könnten somit üben, sich ohne Auto auf den Weg zu machen und das Angebot eines kostenfreien ÖPNV nutzen. Er dringt darauf, den Bürgerinnen und Bürgern die Erfahrung zu ermöglichen, den staubfreien Straßenraum für Grillaktivitäten oder Spiele zu nutzen, um den damit verbundenen Lebensqualitätsgewinn erleben zu können, und das nicht nur im Bereich der Theodor-Heuss-Straße. Da die Sperrung der Theodor-Heuss-Straße ein Fortschritt sei, werde er dem Beschlussantrag zustimmen.

Sodann signalisiert Frau von Stein (FW) Zustimmung zum Straßenfest und erinnert an einen Interessenskonflikt, welcher seinerzeit durch einen Vorschlag bezüglich autofreiem Sonntag gegeben war, der zum gleichen Termin wie der traditionelle Volksfestumzug stattfinden sollte.

Als guten Ansatz bewertet StR Oechsner (FDP) das Konzept, dem er zustimmen könne. Auf Basis einer danach anstehenden Auswertung sei es durchaus zu überlegen, künftig größere Teilbereiche der Innenstadt autofrei zu gestalten.

StR Brett (AfD) äußert sich zustimmend zu Straßenfest, Autofreiheit und kostenloser VVS-Nutzung. Ergänzend erklärt er, dass autofreie Sonntage nichts mit dem Klima zu tun haben. Das Klima sei nicht durch Menschen veränderbar.

In seinen Erläuterungen zur Begrifflichkeit des autofreien Sonntags verweist BM Dr. Schairer darauf, dass viele Städte diesen allgemein bekannten Begriff verwenden. Es sei klar, dass dies auf Stuttgart bezogen nicht den Stillstand des ganzen Talkessels bedeute. Den Streckenbezug könne man nicht in die Überschrift aufnehmen. Angesichts der Tatsache, dass der Autoverkehr in Stuttgart an Sonntagen um lediglich 30 % vermindert sei, könne die Forderung, die ganze Innenstadt zu sperren, angesichts von 900.000 Autos nicht so einfach umgesetzt werden. Die Vorlage bezeichnet er als perspektivisch und den autofreien Sonntag als "kick-off" und als Basis, anhand der gewonnenen Erfahrungen Schritt für Schritt weitere Überlegungen anzustellen.

Bezüglich der in der Programmskizze genannten Gutscheinaktion in Kooperation mit VVS/Stadtwerken führt BM Fuhrmann aus, diese Kooperation werde angestrebt und sei noch nicht final abgeschlossen. Die Richtung sei, dass Menschen am autofreien Sonntag entweder mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder dem Fahrrad fahren, oder zu Fuß gehen. Auf die Streckenbezogenheit eingehend verweist er auf rechtliche Problematiken bei einer Ausweitung der Gebiete. Hier seien Grundrechte bedeutsam, wobei die Rechtsprechung sehr restriktiv agiere, was die Ausweitung anbelange. Aufgrund der rechtlichen Problematik habe man sich für die Theodor-Heuss-Straße entschieden.

StR Körner verstärkt sein Anliegen bezüglich der kostenfreien Beförderung am autofreien Sonntag und bittet die Verwaltung, die komplett fahrscheinlose Beförderung an diesem Tage in Stuttgart zu ermöglichen. Zum Streckenbezug verweist er darauf, dass seinerzeit in Aussicht gestellt war, zumindest den Bereich des Cityrings als autofreie Zone zu definieren. An Frau Scherz (AfÖO) gerichtet bittet er um Erläuterung, weshalb nicht mehr Straßenzüge als die Theodor-Heuss-Straße geplant seien.

StR Winter erklärt am Beispiel von Paris, dass dort an jedem ersten Sonntag im Monat auch ohne geplante Straßenfeste autofreier Verkehr zu erleben ist. Bezüglich des ÖPNV müsse genügend Kapazität für diesen Tag eingeplant werden, wobei zu prüfen sei, diesen an diesem Tag kostenfrei anzubieten. Perspektivisch sei zu prüfen, ob auf Basis der Erfahrungen dieses Jahres das Ereignis häufiger und ausgedehnter stattfinden könne. Für betroffenen Anwohner müsse man geeignete Lösungsvorschläge entwickeln.

Der Umfang der Fläche, so StR Kotz, sei für ihn in Ordnung. Kostenfreien Transport mit ÖPNV wünsche er sich zumindest für die Hin- und Rückfahrt an diesem Tage. Die Planung der Transportkapazitäten sieht er nicht als zentralen Punkt, da er keine hunderttausend ständigen Besucher, wie beispielsweise beim Kirchentag, erwarte. Für ihn sei es wichtig, Kostenfreiheit in Bus und Bahn anzubieten.

Frau Scherz erläutert, dass der deutsche Gesetzgeber keine Ermächtigungsgrundlage liefert, um eine autofreie Innenstadt zu realisieren. Sie verweist auf das Beispiel Hannover und den Grundgedanken einer Streckensperrung im Rahmen einer Veranstaltung.

Weiter führt sie aus, dass u. a. die B14 geprüft wurde und in Abwägung damit verbundener Nebenwirkungen, wie bspw. damit einhergehender Stausituation auf der Olgastraße sowie Behinderungen der Buslinie 43 die Entscheidung pro Theodor-Heuss-Straße gefallen ist. Diese verfüge zudem über geeignete Umleitungsstraßen. Mit Blick auf die Kürze der Zeit, so ihre weiteren Ausführungen, könne auf Erfahrungen mit diesem Streckenabschnitt (Tag der Deutschen Einheit bzw. Deutschland-Tour) aufgesetzt werden. Die Nutzung der Schillerstraße sei verworfen worden, da die Erreichbarkeit der im Bahnhof sitzenden Bundespolizei zu gewährleisten sei. Zudem sei zum gleichen Zeitpunkt auf dem Karlsplatz das Thema Elektromobilität geplant. Zusammenfassend, so Frau Scherz, sei die Theodor-Heuss-Straße angesichts der Kürze der Zeit, der jeweiligen Auswirkungen, die mit der Entscheidung verbunden sind, der Erreichbarkeit der Bundespolizei, dem Verlegen von Taxiständen etc., der richtige Ort für die Veranstaltung. Sie verweist dann auf die Skalierbarkeit der Erfahrungen für die kommenden Jahre und die Möglichkeit, ähnliche Veranstaltungen in einzelnen Stadtbezirken zu planen. Abschließend spricht sie die Kommunikation mit der IVLZ und deren Kommunikationsstrategie im Rahmen der Verkehrssteuerung an.

Für eine langsame Herangehensweise und für den Standort Theodor-Heuss-Straße plädiert StR Brett mit Hinweis auf die negativen Erfahrungen mit der sommerlichen Sonntagssperrung der Hofener Straße für Radfahrer, wo nahezu niemand Rad fahre. Sollten genügend Besucher kommen, könnte man eine solche Veranstaltung jedes Jahr weiter ausdehnen.

Mit den Worten "die Stadt habe nun bereits vierzehn Jahre Zeit gehabt, organisatorische Probleme bei autofreien Sonntagen zu lösen", stellt sich StR Rockenbauch kritisch zum zuvor genannten Argument der kurzen Planungszeitdauer.

Zum Abschluss der Aussprache stellt EBM Dr. Mayer fest:

Der Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig wie beantragt, mit der Maßgabe, dass die Verwaltung beauftragt wird zu prüfen, ob eine kostenlose Beförderung der Teilnehmer der Veranstaltung möglich ist.

Zur Beurkundung

Häbe / fr

## Verteiler:

- I. Referat WFB  
zur Weiterbehandlung  
in.Stuttgart  
Stadtkämmerei (2)
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. OB-PR
  3. S/OB
  4. Referat SOS  
Amt für öffentliche Ordnung
  5. Referat T  
Hochbauamt (2)
  6. BVin Mitte
  7. Rechnungsprüfungsamt
  8. L/OB-K
  9. Hauptaktei
  
- III.
  1. CDU-Fraktion
  2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
  3. SPD-Fraktion
  4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
  5. Fraktion Freie Wähler
  6. Gruppierung FDP
  7. Gruppierung BZS23
  8. SchUB
  9. AfD
  10. LKR